



Antwort zur Anfrage Nr. 0516/2018 der Stadtratsfraktion DIE LINKE. betreffend **Bündnis Wohnen Mainz (DIE LINKE)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

Die Stadt Mainz baut in Eigenregie keine Wohnungen und ist hier auf die Initiativen der Wohnungsbauunternehmen angewiesen. Aus diesem Grund hat die Landeshauptstadt Mainz am 21.07.2015 ein Bündnis für das Wohnen gegründet. Diesem sind neben stadtnahen Unternehmen auch private Unternehmen, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, das Land Rheinland-Pfalz und viele weitere Organisationen beigetreten.

Zu 1) Wie oft traf sich das „Bündnis für das Wohnen in Mainz“ bislang?

Das Bündnis für das Wohnen trifft sich einmal im Jahr. Seit dem Jahr 2015 gab es bisher drei Sitzungen.

Zu 2) Werden Protokolle der Bündnistreffen erstellt und veröffentlicht oder verwaltungsintern zugänglich gemacht?

Falls nein: Wie werden die Ergebnisse der Bündnisarbeit an die Öffentlichkeit kommuniziert?

Ein Protokoll der Sitzungen des Bündnistreffens wird nicht geführt und veröffentlicht. Entstehende Vorschläge und Anregungen werden von der Verwaltung mitgenommen und, wenn möglich, umgesetzt.

Das Bündnis für das Wohnen Mainz ist ein Informations- und Arbeitsgremium. Gegebenenfalls erfolgen Pressemeldungen durch die Verwaltung.

In der Regel werden Arbeitsergebnisse von den jeweiligen Organisationen eigenständig verwertet.

Zu 3) Wurden die Ziele, die sich das Bündnis 2017 gesetzt hat (Die Bauleitplanung für größere Baugebiete wie das „Heiligkreuz-Viertel“ mit 2.000 neuen Wohnungen, zu einem guten Teil im erschwinglichen Segment, die Aufstellung eines Rahmenplan für die GFZ-Kaserne, die Fortschreibung des Konzeptes „Wohnen in Mainz“, die Ausschreibung eines aktualisierten Wohnungsmarktgutachtens in Form eines integrierten Wohnraumkonzeptes, die Herausgabe eines Informationsflyers für Bürgerinnen und Bürger zur energetischen Sanierung) erreicht?

Die genannten Arbeitsbereiche und Arbeitsschwerpunkte werden von der Verwaltung eigenständig bearbeitet und im Bündnis zur Diskussion gestellt. Insofern stellt sich das Bündnis für bezahlbares Wohnen keine eigenen Ziele, sondern ist eine Informations- und Kommunikationsplattform. Ein Teil der genannten Punkte stellen Ziele dar, die sich der Stadtrat bereits eigenständig gegeben hat und die von der Verwaltung nach und nach umgesetzt werden.

Besonders hervorzuheben ist der inzwischen festgeschriebene Anteil von 25 % sozial geförderter Wohnungen in den genannten Gebieten.

Mainz, 13.03.2018

gez.

Michael Ebling
Oberbürgermeister